

Demo „Wir sind mehr!“ 05. Oktober 2018

"Die Würde des Menschen ist unantastbar" heißt es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Damit bekennt sich Deutschland zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Dazu gehören auch die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Asyl, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Religions-, Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Diese Rechte sind geschützt und Verpflichtung aller staatlichen Gewalt!

Der Staat muss seine Bürger schützen. Hierzulande ist kein Platz für Lynchjustiz. Mit großer Sorge beobachten wir, wie Rechtspopulisten, Faschisten und Neonazis gegen elementare Grundwerte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens mobilisieren. Sie sind organisiert, mobil und überall in der Lage, aufzutreten. In Chemnitz und anderswo haben die Mitglieder der AfD zum ersten Mal gezeigt, dass sie es nicht mehr scheuen, mit Faschisten und Neonazis der NPD und Anderen zusammen zu grölen und Andersdenkende und Andersaussehende zu verfolgen und zu verprügeln. Eine solche Partei stellt sich nicht zuletzt damit weit jenseits des demokratischen Spektrums. Es ist Aufgabe aller Demokraten, dagegen klare Kante zu zeigen. Wir rufen dazu auf, entschieden allen menschenfeindlichen, rechtsextremen und antidemokratischen Umtrieben entgegenzutreten. Wir verurteilen jede Form von Hass und Gewalt. Deutschland darf nicht nach rechts kippen!

Durch den seit Jahrzehnten von Bundes- und Landesregierungen betriebenen Sozialabbau, die Privatisierung öffentlicher Leistungen und die gezielte Schaffung eines Niedriglohnsektor wurden viele Menschen abgehängt. Für den Reichtum weniger bezahlen immer mehr Menschen mit miesen Jobs, von denen man kaum leben kann, und unsicheren Zukunftsperspektiven. Kinderarmut und Elendsrenten sind die Regel, nicht die Ausnahme. Verstärkt wird diese Entwicklung noch durch eine auf Profitinteressen ausgerichtete Globalisierung und die Nichtbewältigung der seit 2008 schwelenden Wirtschafts- und Finanzkrise:

Während die Gewinne der Unternehmen und Vermögen kräftig gestiegen sind, haben andere dafür bezahlt, insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen, prekär Beschäftigte, Kolleginnen und Kollegen in Betrieben ohne Betriebsräte und Tarifbindung. Angesichts der Herausforderungen der Transformation wächst auch bei vielen mit tariflich gesicherten und guten Jobs die Unsicherheit, eines Tages selbst abgehängt zu werden.

Darum erwarten wir von der Politik, dass sie die Unsicherheit der Menschen richtig interpretiert. Wer schwankt, will in erster Linie, dass Politik Lösungen anbietet. Dafür bedarf es überzeugender Konzepte statt Wahlkampf kalkül oder kopierte rechte Parolen. Wir kritisieren scharf, dass – wie nicht nur einmal geschehen - namhafte Bundes- oder Landespolitiker wie etwa Innenminister Seehofer versuchen, die AfD rechts zu

überholen. Diese Anbiederung ist unerträglich. Nicht zu Unrecht kann sich die AfD rühmen, dass ihre Forderungen zum Teil schon umgesetzt wurden. Die Verschärfung des sowieso schon eingeschränkten Asylrechts, der Abbau demokratischer Rechte durch reaktionäre Polizeigesetze schwächt die neuen Braunen nicht, sondern ist Wasser auf ihre Mühlen.

Unser Problem sind nicht die Geflüchteten, sondern die unsozialen Lebensverhältnisse, unter denen viele leiden – egal ob mit oder ohne deutschen Pass. Und unser Problem ist Rassismus, der es dem rechten Rand leicht macht, zum Treten nach unten zu motivieren.

Die Einwanderung nach Deutschland macht nur die jahrelangen Versäumnisse der Politik sichtbar: Faire Löhne, gute Arbeit und berufliche Zukunftsperspektiven, auskömmliche Renten, bezahlbarer Wohnraum sind Themen aus der Mitte unserer Gesellschaft. Nur wer bei diesen Themen endlich für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt, wird einen Beitrag für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Und wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass viele Geflüchtete nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Sie werden dort verfolgt und mit dem Tode bedroht. Wir müssen Integrationshemmnisse beseitigen und Fluchtursachen ernsthaft angehen.

Das Recht auf Schutz und Asyl muss genauso sichergestellt werden, wie eine gerechte Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Mitgliedsstaaten. Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung dafür mit Nachdruck einsetzt.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter leisten unseren Beitrag zum Gelingen des Zusammenlebens. Wir reden Probleme nicht größer als sie sind, sondern suchen nach Lösungen. Auch die Unternehmer müssen sich den Herausforderungen in den Betrieben stellen. Denn auch sie haben die Pflicht, für ein friedliches Miteinander im Betrieb zu sorgen und hetzerischen Umtrieben Einhalt zu gebieten.

Menschen organisieren sich ungeachtet ihrer Herkunft und Religion in den Gewerkschaften. Wir treten gemeinsam für mehr Demokratie, vor allem auch in den Betrieben, und für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates ein.

Wir sind mehr - und handeln:

- Wir treten in den Betrieben und in unserem privaten Umfeld offensiv für Menschenwürde und gegen Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit ein.
- Wir rufen unsere Mitglieder und Aktiven zu einem verstärkten Engagement für die Integration von Flüchtlingen durch Ausbildung in Arbeit auf.
- Wir schließen uns vor Ort mit allen engagierten Demokratinnen und Demokraten zusammen und treten öffentlich sichtbar für unsere Überzeugung ein.
- Wir rufen dazu auf, sich menschenfeindlichen Umtrieben und Aufmärschen aktiv entgegenzustellen.

Denn, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Würde des Menschen muss unantastbar bleiben!

05.10. 2018

Bernhard Hanke